INFORMATIONEN

GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Online-Version mit Hyperlinks:
www.grundrechtekomitee.de
info@grundrechtekomitee.de
@grundrechte1
@grundrechtekomitee
@grundrechtekomitee.bsky.social

#04
Nov 2026



„Bravo, Gen Z", Protestschild am 31. Oktober 2026 in Paris © picture alliance/SIPA, Benoit Fatou

DIE REICHEN WOLLEN KRIEG, DIE JUGEND EINE ZUKUNFT

Ende Oktober wurde Pengo Bossio Wangi im Pariser Vorort Trappes bei einem rassistischen Anschlag ermordet. Sieben weitere Personen, darunter ein 12-jähriges Mädchen, wurden teils lebensgefährlich verletzt. Der Täter hatte 128 Schüsse auf eine Personengruppe abgefeuert, er wollte Schwarze und Muslimische Menschen töten.

Dieser Anschlag fiel nicht zufällig mitten in die riesige Welle von Jugendprotesten. Die „Gen Z" hatte schon seit Wochen ihrem Frust über die Zustände im französischen Bildungswesen durch Schulblockaden Luft gemacht. Als sie sich nach Rückkehr aus den Sommerferien einem neuen Schuljahr voller unmöglicher Lernbedingungen gegenüber sahen, hatten sie genug: Unterricht in Klassenräumen ohne ausreichende Möblierung, Heizungen oder Hitzeschutz, kaputte Sanitäranlagen, Ratten und Kakerlaken, Klassenstärken von 35 Personen und mehr, ständige Unterrichtsausfälle durch die ausgedünnte Personaldecke der Lehrkräfte. Hinzu kommt das undurchsichtige Uni-Zuweisungssystem „Parcoursup", das per Algorithmus über die Studienplätze der Absolvent*innen entscheidet und dabei Jugendliche aus ärmeren Gegenden und mit familiärer Einwanderungsgeschichte systematisch benachteiligt.

Ausgangspunkt der Proteste war Mayotte, eines der noch verbliebenen kolonialen Territorien Frankreichs. Sie breiteten sich zunächst über die Pariser Vororte und innerhalb kürzester Zeit überall im Land aus. Die maroden Zustände in Schulen und Universitäten sind Sinnbild für das politische Desinteresse am Leben und einer Zukunft der kommenden Generationen. Statt dessen wird mit elitärer Klientelpolitik seit Jahren systematisch das Geld aus den öffentlichen Sektoren und den Sozialsystemen gezogen. Klima, Bildung, Soziales? Egal. Investiert wird, ebenso wie in Deutschland, vor allem in die (Kriegs-)Wirtschaft und den staatlichen Gewaltapparat. Und so war die staatliche Antwort auf die Jugendproteste und Schulblockaden sofort von exorbitanter Polizeigewalt geprägt, was diese nur weiter anheizte. Zum bis dato weitreichendsten Protesttag am 17. Oktober 2026 hatten neben der „Gen Z" auch die Gelbwesten aufgerufen. Nachdem es zu Straßenschlachten und Plünderungen gekommen war, überschlug sich die rassistische Stimmungsmache in den französischen Medien. Der tödliche Anschlag in Trappes wird in Frankreich als direkte Folge dieser Hetze, etwa durch Fernsehsender wie CNews, verstanden.

Eine Mehrheit der Menschen hat Verständnis für die Jugendproteste und ihre Anliegen und fällt nicht auf die Spaltungsversuche herein. Das macht Hoffnung!

JUGEND OHNE ZUKUNFT AUCH IN DEUTSCHLAND

Gegen die Wut und Frustration der Jugend, die nichts mehr zu verlieren hat, wird nichts als banale Gewalt eingesetzt. Die Perspektivlosigkeit und die Zumutungen der Gegenwart brechen sich auch woanders Bahn: Ob in Italien, Albanien oder Indien – an vielen Orten finden vehemente Proteste statt, die nicht mehr allein auf die Jugend beschränkt sind, sondern sich generell

gegen die brutalen Lebensverhältnisse richten. Als „Gen Z regelt“ in Deutschland zu Protesten aufrief, diskutierte man als erstes Versammlungsverbote. Auch hier war der Diskurs sofort von rassistischen Stereotypen und Gewaltzuschreibungen geprägt. Läden wurden zugenagelt und verbarrikadiert. In Köln empfing die Polizei die Jugend mit Wasserwerfern und Räumpanzern. Minderjährige sollten schon auf ihrer ersten Demonstration lernen, dass Widerspruch gegen die herrschenden Verhältnisse unerwünscht ist und im Zweifel mit einer Polizeifaust im Gesicht endet. So wurde die Demo in Köln mit Wasserwerfern beschossen, über Stunden gekesselt, eingeschüchtert,



„Gen Z regelt“ Proteste am 31. Oktober 2026 in Frankfurt am Main
© picture alliance/epd-bild, Tim Wegner

Hunderte erkennungsdienstlich behandelt und polizeilicher Gewalt ausgesetzt. Als willkommener Anlass wurde das vereinzelte Abbrennen von Pyrotechnik und Vermummung angeführt – von Verhältnismäßigkeit ist da schon längst keine Rede mehr. Vereinzelte Plünderungen in gesichtslosen Shopping Malls von Frankfurt und Köln führten zu Diskussionen um „migrantische Milieus“, „Linksextremismus“ und kriminelle Vorstädte. In Frankreich greift man zu Ausgangssperren und Zonen, die exklusiv für die zahlende Bevölkerung im Stadtzentrum zugänglich sind. Auch attackieren Polizei und rechte Schlägertrupps gemeinsam Demonstrierende. Die Anliegen der Generation Z versanken in der Diskussion um „gute“ und „böse“ Demonstrierende.

BRANDMAUER NACH LINKS?

Eine derartige rechte Ablenkungstaktik findet sich im Moment allerorten: In Sachsen-Anhalt erreichte die AfD bei der Landtagswahl im September 43,8 Prozent der Zweitstimmen, und wurde auch mit 38,2 Prozent stärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern. Anfang Oktober wurde in Magdeburg erstmals ein AfD-Politiker zum Landtagspräsidenten gewählt, mit Stimmen von BSW und CDU. Sehr wahrscheinlich wird die AfD im Dezember die Regierung von Sachsen-Anhalt stellen. Die öffentliche Aufmerksamkeit liegt schon längst nicht mehr auf einer möglichen Verhinderung von Regierungsbildungen mit der AfD. Der neue Hauptfeind steht wieder links, es wird sogar von einer „Brandmauer nach links“ schwadroniert.
Seit sich abzeichnete, dass Die Linke in Berlin stärkste Kraft werden würde, läuft eine beispiellose Kampagne gegen sie, auf deren Zug ein Großteil der Medienlandschaft und andere Parteien aufgesprungen ist. Die Linke wird als „extremistisch“ und „antisemitisch“ diffamiert, als wären nicht Rechte und Faschisten die Gefahr. Mit diesen können CDU/CSU, aber auch die anderen Parteien offenbar besser leben als mit einer linken Bürgermeisterin – oder, größer gedacht, mit dem Wählerwunsch nach anderen Verhältnissen.

ES GEHT UM DIE EIGENTUMSFRAGE

Die Linke Berlin stellt mit dem Plan, große Wohnungskonzerne zu vergesellschaften, zurecht die Macht privater Immobilienunternehmen infrage. Während Mieter*innen von explodierenden Wohnkosten in die Enge getrieben werden, gilt an den Finanzmärkten bereits die Aussicht auf eine stärkere öffentliche Kontrolle über Wohnraum als Risiko. Die heftigen Angriffe auf die Berliner Linke zeigen, wie schnell die Empörung wächst, wenn Eigentumsverhältnisse und Konzerninteressen tatsächlich infrage gestellt werden. Entsprechend planen die Bundesparteien von SPD und CDU nun ein Gesetz zum Verbot des im Grundgesetz festgeschriebenen Rechts auf Vergesellschaftung. Soviel zum Thema Grundrechte und Demokratie. Kein Wunder, bedenkt man, dass Friedrich Merz ehemals im Aufsichtsrat der US-Investmentfirma Blackrock saß, die Aktienanteile bei Vonovia hält.

Neben der Abwehr der Vergesellschaftungspläne geht es auch um die Diskreditierung palästinasolidarischer Positionen und das Verunmöglichen linker Pläne zur Einhegung der Berliner Polizei. Das Traurige ist, dass die Funktionär*innen der Linken, insbesondere das Umfeld der Berliner Bürgermeisterkandidatin Elif Eralp, den Angriffen oft wenig entgegenzusetzen vermochten. Eralp ließ sich auf die Verleumdung einiger ihrer Parteigenoss*innen als antisemitisch ein, bemühte selbst das rassistische Framing der Clankriminalisierung und verspricht inzwischen sogar, den aufgeblähten Polizeiapparat ebenso wie den Inlandsgeheimdienst zu stärken – ein Verrat an der eigenen Basis und Wähler*innenschaft.
Und so zeitigt der rechte Feldzug Erfolge: Die Partei hat bereits einige politische Inhalte geopfert und Personen ausgeschlossen. Ein derartiges Einknicken wird der Kampagne gegen linke Politik allerdings nicht den Wind aus den Segeln nehmen, sondern führt dazu, dass immer weiter nachgesetzt wird.

Und dennoch tragen die Verleumdungen im Ganzen bislang nicht. Genug Menschen durchschauen die Kampagne als rechte Strategie, und die Kandidat*innen und Bezirksverbände der Linken, die vor der Wahl aufgrund ihrer antigenozidalen Haltungen am meisten durch den Dreck gezogen wurden, haben schließlich die besten Wahlergebnisse eingefahren. Die Skandalisierung von Eralps ehemaliger Mitgliedschaft in der Roten Hilfe bescherte dem Solidaritätsverein hunderte Neueintritte.
Eine Mehrheit der Menschen hat zudem Verständnis für die Jugendproteste und ihre Anliegen und fällt nicht auf die Spaltungsversuche herein. Das macht Hoffnung! In Serbien wurde mit den Parlamentswahlen 2026 zudem jüngst die Ära von Alexandar Vučić beendet. Die 2024 entstandenen Studierendenproteste gegen sein korruptes Regime hatten schließlich die gesamte Bevölkerung erfasst. Die Ergebnisse der Midterms in den USA ermutigen ebenfalls: Nichts ist unveränderlich, auch die Faschisierungsspirale ist kein Naturgesetz.

■ Die Redaktion

ANKLAGEN, UM FREIZUSPRECHEN

Die Justiz legitimiert polizeilich ausgeführte Tode

In den letzten drei Jahren haben wir drei Prozesse gegen Polizist*innen beobachtet und dokumentiert, die jeweils auf tödlich endende Polizeieinsätze folgten. Es ging um den Tod von Ante P. am 2. Mai 2022 in Mannheim, den Tod von Mouhamed Lamine Dramé am 8. August 2022 in Dortmund und zuletzt um den Tod von Ibrahima Barry am 6. Januar 2024 in Mühlheim an der Ruhr. Dass es überhaupt zu Anklagen und Prozesseröffnungen kam, setzt sich von den Jahren zuvor ab. Denn die übliche „Erledigungspraxis“ nach einem tödlich endenden Polizeieinsatz erschöpft sich zumeist in der formalen Einleitung von Ermittlungen von Amts wegen, halbherzigen bis nicht existenten tatsächlichen Ermittlungen und einer schnellen Einstellung des Verfahrens.



Demonstration „Justice for Ibrahima!“ am 10. Oktober 2026 in Duisburg © Linn Lübcke, Unschärfe Kollektiv

Doch mittlerweile lässt sich tödliche Staatsgewalt nicht mehr in allen Fällen unwidersprochen unter den Teppich kehren. Nachdem es lange Zeit kaum nennenswerte Öffentlichkeiten gab, die sich für die Getöteten und die Umstände ihres Todes interessierten, verändert sich das seit einigen Jahren glücklicherweise. Zwar kommt es noch zu selten zu einem derart großen öffentlichen Aufschrei wie zuletzt bei der Tötung von Lorenz A., der in Oldenburg von hinten erschossen wurde. Weil aber mittlerweile mehr Augen Polizeiarbeit kritisch verfolgen und deren Berichterstattung in Frage stellen, weil sich immer häufiger Unterstützungsgruppen um die Hinterbliebenen bilden und auch einzelne Journalist*innen genauer hinschauen, funktioniert es häufig nicht mehr, still und heimlich die Ermittlungen einzustellen. So wird nun also manchmal angeklagt.

Nun ja, so halbwegs, jedenfalls. Dass die Polizist*innen, die *todbringende* Gewalt angewandt haben, sich dafür zu verantworten hätten, findet sich nicht zwangsläufig in den Anklageschriften. Im jüngsten Prozess am Duisburger Landgericht um Ibrahima Barrys Tod etwa konnte sich die Staatsanwaltschaft gerade so zu einer Anklage einer Körperverletzung im Amt durchringen, nur „damit niemand denkt, man würde etwas verstecken“, wie es die Staatsanwältin im Landgericht Duisburg offen zugab.

Alle drei Strafprozesse endeten mit skandalösen Urteilen. Ante P. sei laut Landgericht Mannheim wohl wahrscheinlicher an einem Herzinfarkt, ausgelöst durch Vorerkrankungen, gestorben, als an dem rechtsmedizinisch festgestellten Erstickungstod durch das Niederdrücken in Bauchlage. Entsprechend wurde nur einer der beteiligten Beamten für seine Faustschläge gegen den Kopf des am Boden Liegenden verurteilt.
In Dortmund wurden sämtliche Polizist*innen freigesprochen. Sie hätten sich zwar nicht in einer Notwehrlage gegenüber Mouhamed Dramé befunden, dies aber irrtümlich so angenommen – es habe ein sogenannter „*Erlaubnistatbestandsirrtum*“ bestanden. Der Waffeneinsatz mit Pfefferspray, Elektroschock- und Maschinenpistole sei zwar nicht gerechtfertigt gewesen, wegen ihres Irrtums seien die Polizist*innen dafür aber nicht verurteilbar.

Das Duisburger Gericht ging nun noch einige Schritte weiter. Erst hatte es die Sichtung von Videobeweisen verweigert, die die Tortur zeigen, der Ibrahima Barry ausgesetzt wurde. Dann lehnte es die Anhörung des Sachverständigen Michael Freeman ab, der international für seine Expertise zum lagebedingten Erstickungstod anerkannt ist. In einem Gutachten kommt er zum Schluss, dass die zusammenwirkenden Handlungen der beteiligten Polizist*innen zu Ibrahima Barrys Tod geführt haben.

Das Gericht hatte offensichtlich kein Interesse an Aufklärung der Fakten, weil es sich sein Urteil schon gebildet hatte: Die Kammer stufte alle Handlungen der Polizist*innen, von der Eskalation der Situation durch den unvermittelten Tasereinsatz beim Eintreten in Ibrahimas Zimmer, bis zur minutenlangen „Hogtie“-Fesselung in Bauchlage als Notwehr ein. Alle neuen Beamt*innen wurden freigesprochen – nicht, weil ihre Handlungen nicht mit ursächlich für Ibrahimas Tod gewesen seien, sondern weil sie angesichts seines „aggressiven Verhaltens“ gerechtfertigt gewesen seien. Dass sein Verhalten als Reaktion auf die initiale Gewaltanwendung der Polizei zu verstehen ist, wollte das Gericht nicht hören.

Um es einmal klar zu sagen: jede Person, ja wir alle, würden uns im Todeskampf wehren! Gegen die Hand, die uns zu Boden drückt, gegen das Knie im Nacken, gegen den Stiefel im Rücken. Wir würden weglaufen, uns winden, schreien, vielleicht schlagen oder beißen. Der vergebliche Überlebenskampf von Ante P., Mouhamed Dramé, Ibrahima Barry und von unzähligen anderen in den letzten Minuten ihres Lebens, dient Polizei und Justiz als Rechtfertigung für ihren Tod. Diese Strategie der Tatsachenverdrehung und Täter-Opfer-Umkehr wurde mit dem Urteil von Duisburg einmal mehr zur gerichtlichen Wahrheit erklärt.

■ Michèle Winkler

ANTIFASCHISMUS VOR GERICHT – zwischen Anklage und gesellschaftlicher Verantwortung.

Ein Update zum sog. Budapest-Komplex



Zerrissene Solidaritätsbekundungen mit den Angeklagten im Budapest-Komplex in Paris, Januar 2026
© picture alliance/Hans Lucas, Laurent Demartini

Gegen die sechs jungen Antifaschist*innen Nele, Luca, Emmi, Moritz, Paula und Clara wird seit Januar 2026 in einem Staatsschutzverfahren vor dem OLG Düsseldorf verhandelt. Sie sollen in Budapest bei einem Treffen internationaler Faschist*innen anlässlich des SS-Gedenkens „Tag der Ehre“ Nazis attackiert haben. Neben schwerer Körperverletzung wird ihnen die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) und sogar versuchter Mord vorgeworfen.

Die Angeklagten haben zu den Vorwürfen inzwischen Stellung genommen. So sagte Nele vor Gericht: *„Die Bundesanwaltschaft wirft unter anderem mir vor, den potentiellen Tod der Geschädigten „billigend in Kauf genommen“ zu haben. Diese Darstellung von Gleichgültigkeit gegenüber einem Menschenleben ist für mich nicht hinnehmbar. Für all jene, für die es nicht offensichtlich ist, dass dieser Anklagepunkt politisch motiviert ist und der Denunzierung und Abschreckung dient, möchte ich hier noch einmal deutlich betonen, dass eine mögliche Todesfolge keinesfalls „in Kauf genommen“ wurde. Im Gegenteil, der Tod der Angegriffenen musste sicher ausgeschlossen werden. Dies war essentiell für mein Handeln.“*

Moritz erklärte, der Tag der Ehre ist *„in erster Linie Gelegenheit zur Raumnahme und intensiven internationalen Vernetzung, auch mit der militanten und rechtsterroristischen Neonaziszene. Für mich galt es, dem entschieden entgegenzutreten“. Luca sagte: „Unterstützt durch die Faschisten, die in den Parlamenten sitzen, durch einen sich weiter nach rechts verschiebenden gesellschaftlichen Diskurs, durch die Politik der aktuellen Regierung, die gegen Migrant*innen hetzt, wird auch Gewalt durch Neonazis wieder zur Normalität.“*

Die sechs jungen Antifaschist*innen mussten feststellen, dass sie mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen rechts in Leipzig und Jena wenig ausrichten konnten. Sie erlebten die Selbstenttarnung des NSU, sie sprachen im Gericht auch von ihren Wahrnehmungen zu Hanau und Halle: Bis heute wurden keine ernsthaften Konsequenzen gezogen. Struktureller Rassismus wird weiterhin staatlich geleugnet, rechte Gewalt oft nicht ernst genug genommen und wirksam bekämpft.

Mag körperliche Gewalt für uns kein Mittel der Wahl sein, muss bei der Bewertung der Vorwürfe gegen die Angeklagten auch die Ohnmacht angesichts der Grausamkeit gegenüber Migrant*innen, Flüchtenden und Menschen in Armut zur Sprache kommen – ebenso wie die Ausgrenzung all jener, die nicht dem normativen Bild der deutschen Mehrheitsgesellschaft entsprechen. Gewalt wird zunehmend als politisches Mittel aller Parteien akzeptiert. Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ist nur ein weiterer Höhepunkt in dieser besorgniserregenden faschistischen Raumnahme bundesweit bis international, die bislang nicht wirksam aufgehalten werden kann. Zivilgesellschaftliche Forderungen und Maßnahmen werden staatlich nicht unterstützt, Bildungs- und Demokratieprojekte sogar gekürzt oder ganz abgeschafft.

Was tun wir gegen die menschenfeindliche Politik, die sich immer zügelloser Bahn bricht? Was tun wir, wenn diese Gewalt vom Staat ausgeübt wird, der vorgibt, sich auf Menschenwürde und Grundrechte zu berufen? Von einer Bundesregierung, die den Schwur „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ mit Füßen tritt? Ein Staat, der Nazis als ‚besorgte Bürger‘ betrachtet und für den Antifaschismus als extremistisch gilt? In dem Demonstrationen gegen rechts mit mehreren Millionen Menschen bundesweit ohne politische Konsequenzen bleiben? Viele fragen sich, wie sie dieser Ohnmacht begegnen können.

Juristisch, mag man einwenden, gehören diese Fragen nicht vor ein Gericht, wo es schließlich um die Feststellung individueller Schuld gehe. Menschenrechtlich und gesellschaftlich müssen die systemischen Bedingungen jedoch Teil unserer Auseinandersetzung sein. Sie gehören ins Zentrum der Debatte um Strategien der Gegenwehr und wie diese gesellschaftlich getragen werden können.

Währenddessen ist die Gefahr der Auslieferung von Zaid, einem weiteren im Budapest-Komplex verfolgten Antifaschisten, nach Ungarn nicht gebannt. Die Entscheidung darüber wird Ende November in Frankreich erwartet. Rexhino Abazaj, genannt Gino, ist inzwischen in Deutschland inhaftiert. Er lebte als albanischer Staatsbürger in Italien, bevor auch er in Frankreich Zuflucht vor einer Auslieferung nach Ungarn suchte. Die deutschen Behörden forderten daraufhin seine Auslieferung nach Deutschland. Das Pariser Gericht hatte dieser Forderung schließlich entsprochen. Auf Majas Überstellung von Ungarn nach Deutschland warten wir indes bis heute.

■ Britta Rabe

NATO UND BUNDESWEHR MACHEN MOBIL

Aber nicht ohne Widerspruch!

Der deutsche Militärhaushalt soll mit Lockerung der Schuldenbremse und dem Sondervermögen für Infrastruktur und Rüstung bis 2029 auf 158,8 Milliarden Euro steigen. Den Hunger nach Rüstungsgütern kann die BRD mit den eigenen Produktionskapazitäten allerdings nicht decken, auch hier steht der Wunsch nach dem Nationalen: Waffen Made in Germany! Die Bundesregierung investiert daher Milliarden in die deutsche Rüstungsindustrie. Neben neuen Standorten, etwa von Konzernen wie Rheinmetall oder dem israelischen Rüstungsgiganten Elbit Systems stellen deutsche Unternehmen ihre zuvor nichtmilitärische Produktion auf Rüstungsgüter um. Die strauchelnde deutsche Automobilbranche profitiert auf diese Weise auch vom Rüstungsboom: Der VW-Konzern und das staatseigene israelische Rüstungsunternehmen Rafael Advanced Defence Systems wollen im VW-Werk Osnabrück Komponenten des israelischen Raketenabwehrschirms „Iron Dome“ fertigen, in Berlin-Wedding soll Rheinmetall statt Motorenteile für die Autoindustrie künftig Artilleriemunition herstellen. Der Konzern KNDS (ehemals Alstom) in Görlitz schweißt statt Aluminiumrohlingen für Eisenbahnwaggons nun Panzerteile. Die Liste ließe sich endlos fortführen. Eine bundesweite Übersicht über die Brut- und Produktionsstätten von Kriegsgerät existiert bisher nicht, wäre aber wünschenswert.

In der IG-Metall wird gegen die Pläne bei VW mit „Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft“ aufgerufen. Der Widerstand gegen Kriegsproduktion und Militarisierung ist in den Gewerkschaften angesichts von Personalabbau und Werkschließungen aber erschreckend gering. Noch.

Widerstand gegen Kriegsdienst und Aufrüstung nimmt nämlich bundesweit zu. Schulstreiks und Proteste wie das Unzwingbar-Bündnis gegen Zwangsmusterung und verpflichtende Wehrdienste bringen inzwischen regelmäßig mehrere tausend Menschen auf die Straßen. Zuletzt gegen die Zwangsmusterung von Teenagern und jungen Männern, obwohl diese im Erfassungsfragebogen der Bundeswehr kein Interesse am Wehrdienst angekreuzt hatten. Antikriegsaktionen wie Protest-Camps gegen Elbit Systems in Ulm oder von Rheinmetall Entwaffnen finden ebenso statt wie Direkte Aktionen, etwa die Zerstörung von Inventar bei Elbit Systems in Ulm oder Blockaden gegen die Kieler Marinewerft von Thyssenkrupp wegen der dortigen Kriegswaffenproduktion für Israel und Indien. Das Camp von Rheinmetall Entwaffnen, das in diesem Jahr erneut in Köln stattgefunden hatte, versammelte hunderte Kriegsgegner*innen. Proteste begleiteten auch die diesjährige Verleihung des Preises des Westfälischen Friedens ausgerechnet an die NATO. Einige tausend Menschen protestierten im September in Hamburg gegen die NATO-Übung „Red Storm Charly“. „Proteste sind legitim, solange sie friedlich bleiben“, sagte dazu ausgerechnet Oberstleutnant der Bundeswehr, Jürgen Bredtmann in Hamburg. In Innenstadt und Hafen probte die Bundeswehr im September den „Ernstfall“: Soldaten simulierten bei „Red Storm Charly“ („Roter Sturm“ Nr. 3) die Verlegung von Truppen und Material nach Osten, mit dabei Polizei, Feuerwehr und das Technische Hilfswerk. Als Szenario diente ein baltischer Staat, der sich von Russland „bedroht fühlte“ und Deutschland als Drehscheibe einer schnellen Truppenverlegung. Fortwährender Hubschrauberlärm, Soldat*innen und Militärkonvois in den Straßen prägten Hamburgs Stadtbild über Tage hinweg. Die Bevölkerung soll sich mit der Übung, die schon zum dritten Mal dort stattfand, zugleich an die Dauerpräsenz des Krieges gewöhnen. Kriegslogik wird normalisiert, der Spannungsfall wird Normalzustand.

Das Mantra der Bundesregierung von einem ab 2029 möglichen Angriffskrieg Russlands auf einen NATO-Verbündeten dient für eine weitreichende Mobilmachung. Da Straßen, Schienen und Häfen für Soldaten, Panzer und Munition gebraucht würden, wird ein milliardenschwerer Umbau des Treibstoffnetzes in Europa vorangetrieben, eine Infrastruktur aus Häfen, Raffinerien, großen Tanklagern und Luftwaffenstützpunkten. Neue Lager, Verteilzentren und Pipelines werden gebaut, damit Truppen an der Ostflanke im Krisenfall darüber mit Treibstoff versorgt werden können.

Auch politisch baut Deutschland seinen Einflussbereich aus, bereit, wieder Militärgroßmacht zu werden: Generalinspekteur Carsten Breuer ist zum neuen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses gewählt worden. Als ranghöchster Soldat der Bundeswehr wird er ab Sommer 2027 Berater von Generalsekretär Rutte. Damit gewinnt Deutschland einen der einflussreichsten Posten an der Schnittstelle von Parteipolitik und Militär.

Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Zunahme von Protesten zu wünschen. Denn Frieden entsteht nicht durch die Vorbereitung auf den nächsten Krieg, sondern durch den Widerstand gegen die Verhältnisse, die ihn möglich machen.

■ Britta Rabe



„Schulstreik gegen Wehrpflicht“ am 8.5.2026 in Hamburg
© picture alliance/dpa, Katrin Luxenburger

DIE MATERIELLE SEITE DER KI

Über Serverfarmen und den Widerstand dagegen

Derzeit erleben wir, wie sich weltweit Menschen gegen steigende Lebenshaltungskosten, schlechte Bildungsvoraussetzungen und zunehmende Aufrüstung zusammenschließen und ihren Protest auf die Straßen tragen. Es ist ein kleiner Funken Hoffnung in Verhältnissen, die immer extremer und bedrohlicher werden durch Klimakrise, Kriege und zunehmenden Faschismus, sodass bei vielen Gefühle von Ohnmacht, Angst, Isolation und Hoffnungslosigkeit entstehen. Es erscheint, als würden weitreichende Entwicklungen zu schnell, zu komplex, zu intransparent und zu abgekoppelt vom eigenen Leben passieren, dieses jedoch direkt betreffen.

Eine dieser Entwicklungen ist der Ausbau und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI). In den letzten Monaten haben sich die Nachrichten dazu überschlagen: KI-Anwendungen haben sich selbstständig gemacht und andere Software angegriffen, der UN-Sicherheitsrat berät über die weltweiten Gefahren von KI, einige Konzernchefs der Big Tech-Unternehmen warnen vermeintlich vor den Auswirkungen ihrer Technologie, Politiker*innen diskutieren über KI-gesteuerte, autarke Waffensysteme und deren ethischen Bezugsrahmen.

All das erweckt den Eindruck, dass die zunehmende Bedeutung von KI in unser aller Zukunft ebenso unausweichlich ist wie die damit einhergehende Wettlaufspirale um eine technologische Vormachtstellung, in der sich Konzerne und Staaten bereits befinden. Das Narrativ, in dem diese Entwicklungen nur einem Naturgesetz folgen und die Bevölkerungen sich diesem ergeben muss, dient jedoch vor allem dazu, bestehende Machtverhältnisse zu festigen und kapitalistische Interessen von Techfirmen zu legitimieren.

Zudem: diese scheinbar unumgängliche und damit scheinbar unangreifbare Technologie hat eine materielle Seite: Rechenzentren. Das sind im Kern riesige Hallen, gefüllt mit unzähligen Servern zur Speicherung und Verarbeitung digitaler Daten. KI-Anwendungen benötigen für Training und Betrieb enorm hohe Datenmengen und Rechenleistung. Bereits jetzt werden 15 – 20 % der Kapazitäten von Rechenzentren für KI-Anwendungen genutzt; Studien zufolge wird dieser Anteil bis 2030 bei 40 bis 50% liegen.



Protest gegen Peter Thiel vor dem Axel Springer Haus in Berlin. Peter Thiel ist u.a. Mitbegründer der KI-Überwachungsfirma Palantir Technologies
© Björn Obmann, Umbruch Bildarchiv

Diese, auch *Serverfarmen* genannten Hallen, entstehen derzeit an unzähligen Orten weltweit, um den Hunger nach digitaler Datenverarbeitung zu stillen. Die Liste der lokalen Auswirkungen liest sich wie das Who-is-Who der Großprojekt-Nachteile: durch die enorme Rechenleistung, die erbracht wird, strahlen sie Wärme ab und erhitzen so ihre Umgebung; sie verstärken Wasserknappheit, indem das vielerorts zur Trinkwasserversorgung notwendige Grundwasser zur Kühlung verwendet wird. Rechenzentren haben durch ihre schiere Größe einen absurden Flächenverbrauch. Sie geben ein anhaltendes Brummen ab und sind durchgängig beleuchtet. Und das Offensichtlichste zum Schluss: sie verbrauchen abenteuerlich viel Energie. Teilweise werden extra Gaskraftwerke an die Rechenzentren gebaut – was wiederum zur Luftverschmutzung vor Ort beiträgt. Zudem versprechen die Unternehmen zwar Arbeitsplätze – diese werden jedoch vor allem während der Bauphase geschaffen; danach funktioniert das Rechenzentrum mit sehr wenigen Beschäftigten.

Von daher ist es nicht verwunderlich, dass sich gerade auch lokale Akteur*innen als erste gegen die Neubaumaßnahmen wehren und sich somit gegen die größten Konzerne der Welt stellen. Aufgrund der globalen Dimension des massiven Ausbaus – sei es fortschreitender Klimawandel durch fossil-hergestellte Energie, Ausbeutung von Arbeiter*innen im KI-Trainings-Sektor oder die Nutzung neuer digitaler Technologie für Überwachung und Militarisierung – erhalten sie vielerorts Unterstützung durch Klimagerechtigkeitsgruppen, gewerkschaftliche Akteur*innen und Abolitionist*innen.

Ob in den USA, Italien, Korea, Chile, Schottland, Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden: dieser gemeinsame Widerstand zeigt Erfolg. Allein in den USA wurden 2026 bereits Projekte im dreistelligen Milliardenwert gestoppt. Und auch in Deutschland formiert sich Protest. Die „Cables of Resistance“ Konferenz hat zu Jahresbeginn eindrücklich gezeigt, welche Themenvielfalt sich hinter dem Widerstand gegen Big Tech verbirgt und dass ein gemeinsames Vorgehen möglich und vielversprechend ist. Zudem hat „Frag den Staat“ eine umfassende Recherche zu den geplanten Neubauprojekten veröffentlicht, die es ermöglicht, Zusammenhänge zu erkennen und Kontakt zu bereits aktiven Akteur*innen aufzubauen.

Vielleicht dürfen wir Zeug*innen werden, wie daraus eine neue Bewegung gegen Kapitalinteressen und Ausbeutung entsteht. Denn was als unausweichlich verkauft wird, ist politisch gemacht und kann deshalb auch politisch verändert werden.

■ Tina Keller

AUSSER KONTROLLE: Geheimdienste sollen maßlose Befugnisse erhalten.

Das Netzwerk „Sicherheit ohne Überwachung“ im Interview

Nachdem die Bundespolizei neue Befugnisse bekommen hat und das sogenannte Sicherheitspaket im Eiltempo durch den Bundestag gejagt wird, sollen jetzt die Geheimdienste nachziehen. Was ist geplant?

Tom Jennissen: Dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Inlandsgeheimdienst (VS) sollen umfassende Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden: Von Staatstrojanern und Online-Durchsuchungen über automatisierte Datenanalysen und den biometrischen Abgleich mit Daten aus dem Internet, bis hin zum Zugriff auf alle privaten und staatlichen Videoüberwachungssysteme des öffentlichen Raums in Echtzeit. Auch Dritte, insbesondere Berufsgeheimnisträger*innen, vor allem Ärzt*innen und Psychotherapeut*inen, sollen keinen umfassenden Schutz vor Überwachungsmaßnahmen haben und nachrichtendienstliche Auskunftsersuchen und Übermittlungen von „Erkenntnissen“ sollen nahezu unbegrenzt möglich sein.

Das Ganze ist umso fataler, als die Eingriffsschwellen massiv abgesenkt werden. Den Nachrichtendiensten wird letztlich weitgehend freie Hand gegeben, selbst zu entscheiden wann, wen und wie sie überwachen. Zugleich sind Kontrolle und Aufsicht absolut unzureichend ausgestaltet.



Demonstration 2014 vor dem Bundeskanzleramt in Berlin © picture alliance/dpa, Bernd von Jutrczenka

Welche Auswirkungen wird der KI-Einsatz im geheimdienstlichen Bereich haben?

Konkreter Anlass für die Reform war eine vom Bundesverfassungsgericht angeordnete, überfällige Überarbeitung des BND-Gesetzes. Bezeichnend ist, dass die Regeln zum Einsatz von KI sehr knapp und vage sind. Im Grunde fehlt jede gesetzliche Beschränkung. Durch die ausdrückliche Erlaubnis von KI-Anwendungen wird sich die digitale Überwachung noch einmal deutlich verschärfen. Sie wird einen großen Teil der Arbeit der Dienste bestimmen, deren Arbeitsweise bereits jetzt auf das massenhafte Sammeln und Auswerten aller Arten von Daten ausgelegt ist. Allein die Kombination aus dem umfassenden Zugriff auf Videoüberwachungsanlagen mit dem pauschal gestatteten Einsatz von KI-Systemen und dem Abgleich mit Daten aus dem Internet hat dystopisches Potential.

Die Geheimdienste sollen künftig auch die Befugnisse haben, selbst einzugreifen. Womit ist zu rechnen?

Es ist ja nun nicht so, dass sich die Nachrichtendienste in der Vergangenheit immer auf das bloße Sammeln von Informationen beschränkt hätten. Vom „Celler Loch“ bis zur aktiven Gestaltung der Naziszene durch die Finanzierung von V-Leuten im Umfeld des NSU haben die Dienste ja über Jahrzehnte eindrücklich gezeigt, was sie von gesetzlichen Begrenzungen ihrer Tätigkeit halten.

Das Trennungsgebot, also der Grundsatz, dass nachrichtendienstliche und polizeiliche Aufgaben getrennt sein müssen, um eine „Geheimpolizei“ zu verhindern, ist in der Vergangenheit schon weitgehend aufgeweicht worden – durch einen intensiven Informationsaustausch, durch die Ausstattung der Polizei mit nachrichtendienstlichen Mitteln und die Absenkung ihrer Eingriffsschwellen. Konkret dürfte zunächst mit einer Zunahme von Aktivitäten im digitalen Raum zu rechnen sein, wenn die Nachrichtendienste tatsächlich mit entsprechenden Ressourcen etwa für sogenannte Hackbacks ausgestattet werden.

Welche grund- und menschenrechtlichen Konsequenzen werden die Gesetzesänderungen nach sich ziehen?

Den Diensten derart umfassende Kompetenzen zu geben und darauf zu vertrauen, dass sie maßvoll eingesetzt werden, ist äußerst kurzsichtig und naiv. Auf der Hand liegen die Gefahren, die ein solches Instrumentarium in den Händen einer Regierung haben kann, die sich nicht einmal mehr nominell zu universellen Grundrechten bekennt und wie sie nicht nur in Sachsen-Anhalt bald schon Realität sein könnte.

Geheimdienste neigen dazu, ohne wirksame Kontrolle und gesetzliche Einhegung ein Eigenleben zu entwickeln. Und das greift nicht nur zunehmend in die Grundrechte einzelner Betroffener ein, sondern verändert mittelfristig die Verfasstheit der Gesellschaft. Geheime Maßnahmen aufgrund politischer Einschätzungen weitgehend unkontrollierter Behörden haben in einer offenen demokratischen Gesellschaft nichts verloren.

Wo seht ihr Möglichkeiten, sich gegen diesen rapiden Ausbau des Überwachungsstaats zu wehren?

Noch sind die Gesetze, wie auch das Sicherheitspaket, nicht vom Bundestag verabschiedet. Daher sollten wir nun massiven Druck machen, diese Gesetze noch zu verhindern. Die Regierungskoalition hat offenkundig beschlossen, die autoritäre Wende gegen alle Widerstände durchzudrücken. Daher geht es über die konkreten Gesetzespakete hinaus darum, stabile Bündnisse und Netzwerke zu schaffen, die dieser Wende gesellschaftlich entgegentreten können. Auch wenn das gerade fast utopisch erscheint: Staatliches Handeln kann wieder eingehegt und geheimdienstliche Befugnisse beschnitten werden.

Tom Jennissen ist Co-Leiter der Digitalen Gesellschaft, hat das Netzwerk „Sicherheit ohne Überwachung“ mitgegründet und war mehrere Jahre Vorstand im Grundrechtekomitee.
Das Interview führte Michèle Winkler, eine ausführliche Version findet sich auf unserer Webseite.

Artikel und Kommentare

Folgende Beiträge finden Sie online: www.grundrechtekomitee.de

An Antirassismus und Polizeikritik festhalten
Offener Brief an Die Linke Berlin
3. November 2026

„Was ist radikal daran, die Wahrheit zu untersuchen?“
Rede des Solikreises Justice for Ibrahima nach dem Urteil
1. November 2026

Stehen Sie im Europäischen Rat ein für das Grundrecht auf Asyl! Unsere Forderung an die Bundesregierung
Gemeinsamer Appell
14. Oktober 2026

Sicherheitsbehörden wollen den Zugriff auf Menschen mit psychiatrischen Diagnosen
Eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Maßnahmen von Politik und Sicherheitsbehörden gegen Menschen in psychischen Krisen
9. Oktober 2026

Die Neufassung des PsychKG in NRW stoppen, Sicherheitsbehörden eine Absage erteilen
Pressemitteilung, 9. Oktober 2026

Debatte um „Clan-Kriminalität“: Der Hetzkampagne die Stirn bieten
Artikel von Michèle Winkler und Anthony Obst in nd aktuell
2. Oktober 2026

Mit El Hishri ist ein ganzes System der Gewalt angeklagt
Kolumne von Britta Rabe in der Monatszeitschrift „Graswurzelrevolution“
2. Oktober 2026

Nach Tod eines Geflüchteten: Freispruch für angeklagte Polizisten
Artikel von Britta Rabe in nd aktuell
1. Oktober 2026

Stop the Criminalisation of the LGBTI+ Movement in Turkey
Gemeinsame Stellungnahme
21. September 2026

Rassistische und antiziganistische Hetze: Medienkampagne fordert schärfere Abschiebepraxis in Köln
Statement zur Hetze um die sogenannte „Coesfelder Liste“
28. August 2026

Staatsfeinde Nummer 1 bis 5. Gegen die „Ulm 5“ zieht der Staat alle Register
Artikel von Michèle Winkler in „Analyse & Kritik“
25. August 2026

KOLUMNE „HÄTTE, HÄTTE, MENSCHENWÜRDE“

Das Grundrechtekomitee hat seit einigen Monaten eine eigene Kolumne! Sie heißt „Hätte, hätte, Menschenwürde“ und erscheint in der anarchistischen Monatszeitung Graswurzelrevolution. Dort schreiben wir ab sofort in jeder Ausgabe über aktuelle Ereignisse und Auseinandersetzungen, die uns umtreiben. Die Texte werden außerdem zum Anfang jeden Monats auf unserer Webseite veröffentlicht:

www.grundrechtekomitee.de
www.graswurzel.net

graswurzel revolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft



© Roy Brick

UNTERSTÜTZT DAS GRUNDRECHTE KOMITEE.de

INFORMATIONEN ERHALTEN

Newsletter abonnieren: grundrechtekomitee.de/newsletter-abonnieren

Rundbrief „Informationen“ bestellen: grundrechtekomitee.de/rundschreiben-bestellen

FINANZIELL UNTERSTÜTZEN

Jetzt online spenden: grundrechtekomitee.de/spenden

Fördermitglied werden: grundrechtekomitee.de/foerdermitgliedschaft

SOCIAL MEDIA

@grundrechte1 @grundrechtekomitee @grundrechtekomitee.bsky.social

GRUNDRECHTE KOMITEE.de
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11
50670 Köln

Telefon 0221 97269 -30

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC

@grundrechte1
@grundrechtekomitee
@grundrechtekomitee.bsky.social

Redaktion
Hagen Gothe, Tina Keller, Konstantin Korn, Britta Rabe, Rebekka Schlang, Michèle Winkler

Namentlich gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Position des gesamten Grundrechtekomitees wieder.

Satz und Layout
www.boographics.de

Datenschutz

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung:

Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.